

# Hafen vereint Wunsch und Wirklichkeit

Prerow gibt mehrere Gutachten zur Ortsentwicklung im Zusammenhang mit dem Hafenbau in Auftrag

Von Timo Richter

**Prerow/Schwerin.** Wunsch und Wirklichkeit im Zusammenhang mit dem Bau eines Hafens vor der Seebrücke in Prerow sollen zusammengeführt werden. Die Liste der Wünsche der Kommune ist lang, reicht von einer Dünenpromenade hin zu einem Anleger für ein Fahrgastschiff. Auf der anderen Seite das Land, das Finanzierung und Unterhaltung des Ersatzhafens für den Nothafen Darßer Ort zugesagt hatte. In diesem Jahr hatten sich die Einwohner des Ostseebades in einem Bürgerentscheid für den Bau des Inselhafens vor der Seebrücke ausgesprochen.

Seitdem ist schon einiges, wenn auch nichts Offensichtliches in der Ostsee, passiert. In einem Workshop wurden zahlreiche Ideen zur Entwicklung des Ortes mithilfe des

neuen Hafens zusammengetragen, wie Bürgermeister René Roloff (Prerows Zukunft) erfreut sagt.

Dass aber aus diesen Wünschen Wirklichkeit werden kann, da sind noch einige Gutachten zu erstellen. Da wird es um die Dünenpromenade gehen – ein ähnliches Projekt verschwand in Ahrenshoop jüngst in der Schublade, weil kaum Aussichten auf eine Realisierung bestanden, und auch in Zingst ist der Feuereifer für eine solche Promenade erloschen – aber auch um ein Verkehrsgutachten. Roloff stuft das als besonders wichtig ein, kommt der Ver-

kehr in dem Ostseebad doch gerade während der Hauptsaison nahezu zum Erliegen.

Auch der gewünschte Liegeplatz für ein Fahrgastschiff soll gutachterlich untersucht werden. Mit welchem Passagieraufkommen ist

zu rechnen, wohin sollen die Fahrten gehen, ... „Wir brauchen Fakten“, sagt der Bürgermeister. Anhand der Zahlen kann sich die Kommune dann auch ausrechnen, ob der eigene finanzielle Beitrag für das „Wunschkonzert“ überhaupt reicht – und ob ein Engagement für bestimmte Vorhaben auch sinnvoll erscheint.

Fakten schaffen will Roloff mit einem Beschluss der Gemeindevertretung über einen Vertrag zur Nutzung der Seebrücke für das Vorhaben. Bislang gebe es nur den Bürgerentscheid. Der ist für die Gemeindevertretung bindend. Mit dem Land existiert so ein bindender Kontrakt noch nicht.

In Kürze werden die Planungsleistungen für den Hafenneubau ausgeschrieben, bestätigt Frank Weichbrodt. Umweltminister Till Backhaus (SPD) hatte den Bauingenieur eigens für die Planung des neuen Hafens als Referenten in sein Ministerium geholt. Weichbrodt verweist auf die parallel verlaufenden Planungen der Kommu-

ne. Deren Vorstellungen sollen mit in die Ausschreibung aufgenommen werden, um später Verzögerungen infolge eines weiteren langwierigen Vergabeverfahrens zu vermeiden. Für die Zusammenführung kommunaler Vorstellungen mit konkreten Plänen seitens des Landes gibt es laut Frank Weichbrodt keine Frist. „Wir wollen in dem aufwändigen Verfahren niemanden überfordern“, sagt der Planer.

## Land trägt Kosten

**12 Millionen Euro** wurden in der Machbarkeitsstudie beziehungsweise Untersuchung verschiedener Varianten als Kostenrahmen ermittelt. Der Inselhafen Prerow ist als Landeshafen geplant. Alle Kosten für Bau, Betrieb und Unterhaltung des Hafens sowie Kosten, die mit der Funktionalität des Hafens in Zusammenhang stehen (Seebrücke), sollen eigenen Angaben zufolge durch das Land getragen werden.

Der geht davon aus, dass bis zu anderthalb Jahre allein für ein Planfeststellungsverfahren ins Land ziehen. Mit dem Beginn des Hafenneubaus rechnet der Referent im Umweltministerium erst im Jahr 2019. Laut der Machbarkeitsstudie könnte der Inselhafen ein Jahr später in Betrieb genommen werden.

Am 26. April dieses Jahres hatte sich eine Mehrheit der Prerower in einem Bürgerentscheid für den Bau des Ersatzhafens vor der Seebrücke ausgesprochen. Diesem Entscheid vorausgegangen war eine jahrelange, teilweise heftig geführte innerörtliche Auseinandersetzung, in der immer wieder der Erhalt und Ausbau des Nothafens Darßer Ort inmitten der Kernzone des Nationalparks gefordert worden war. Insgesamt hatten von knapp 1400 Wahlberechtigten im April 856 Einwohner des Ostseebades abgestimmt. Davon haben 448 (32,37 Prozent) mit Ja und 406 (29,33 Prozent) mit Nein gestimmt. Zwei der abgegebenen Stimmen waren ungültig.